

Nürnberger Statistik aktuell



Ein Informationsdienst des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg

Statistischer Monatsbericht für Mai 1980

Nürnberg, 19.6.1980

OHNE VOLKSZÄHLUNG IN DIE 80ER JAHRE ?

Die dringend erwartete Volkszählung 1981 ist vertagt. Nachdem auch der 2. Versuch einer Einigung zwischen Bund und Ländern in der Frage der Finanzierung gescheitert ist, besteht kaum noch eine Chance, daß nunmehr der Bundestag den Vermittlungsausschuß anruft, und dieser einen für Bund und Länder akzeptablen Kompromiß in der strittigen Kostenfrage findet. Auch in diesem Fall müßte der Zählungstermin wohl um 1 Jahr auf 1982 verschoben werden. Realistischer ist die Annahme, daß das Volkszählungsgesetz erst in der nächsten Legislaturperiode des Bundestags zustande kommt, der Zensus auf 1983 festgelegt wird, und erste Ergebnisse nicht vor 1984/85 zu erwarten sind.

Seit der letzten Volks- und Arbeitsstättenzählung werden dann 15 Jahre, seit der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 17 Jahre vergangen sein. Selbst wenn man auf den für die Bundesrepublik äußerst peinlichen internationalen Vergleich verzichtet und die Zählung nur in den Zusammenhang der hier zu bewältigenden Aufgaben stellt, so drängt sich doch die Frage auf, ob denn die gebietsspezifische Entwicklung der Haushalte und Familien oder die Wohnversorgung der Bevölkerung so untergeordnete Probleme darstellen, daß weiterhin mit immer unsichereren Fortschreibungen und nur für große Räume hochgerechneten Stichprobenergebnissen operiert werden kann. Bund, Länder und Gemeinden müssen auf dieser Basis für weitere Jahre über Milliardenbeträge in ihren Etats disponieren, ohne zu wissen, wie weit sich die amtliche Bevölkerungs- und Wohnungsfortschreibung von der tatsächlichen Entwicklung entfernt hat, welcher Teil der fortgeschriebenen Wohnungen noch zur Wohnnutzung zur Verfügung steht, welche Qualitätsveränderungen in diesem Bestand eingetreten sind und wie die Wohnungen belegt, d. h. wieviele Haushalte über oder unterversorgt sind. Für die Wirtschaftspolitik liefert allein die Arbeitsstättenzählung kleinräumlich gegliederte Daten über Betriebe und Beschäftigte.

Mögen Bundesraumordnung und Landesplanung sich noch teilweise mit Stichprobenergebnissen behelfen, so kommen Kommunal- und Regionalplanung keinesfalls ohne Daten aus, die die Gesamtheit der Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätze umfassen und allein die hier notwendige räumliche und sachliche Differenzierung der statistischen Informationen gestatten.

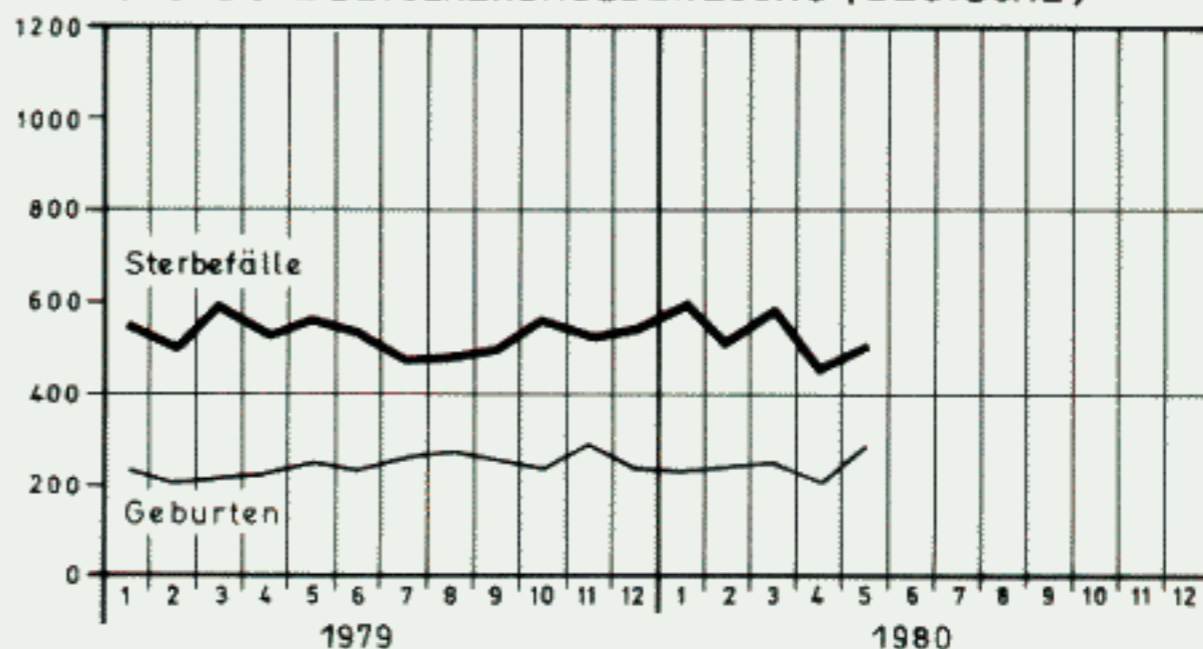
In dieser Situation gewinnen als Datenquelle die kommunalen Einwohnerdateien, aber künftig auch statistische Gebäude- und Arbeitsstättendateien für die kommunale Planung immer mehr an Gewicht.

Forts. letzte Seite

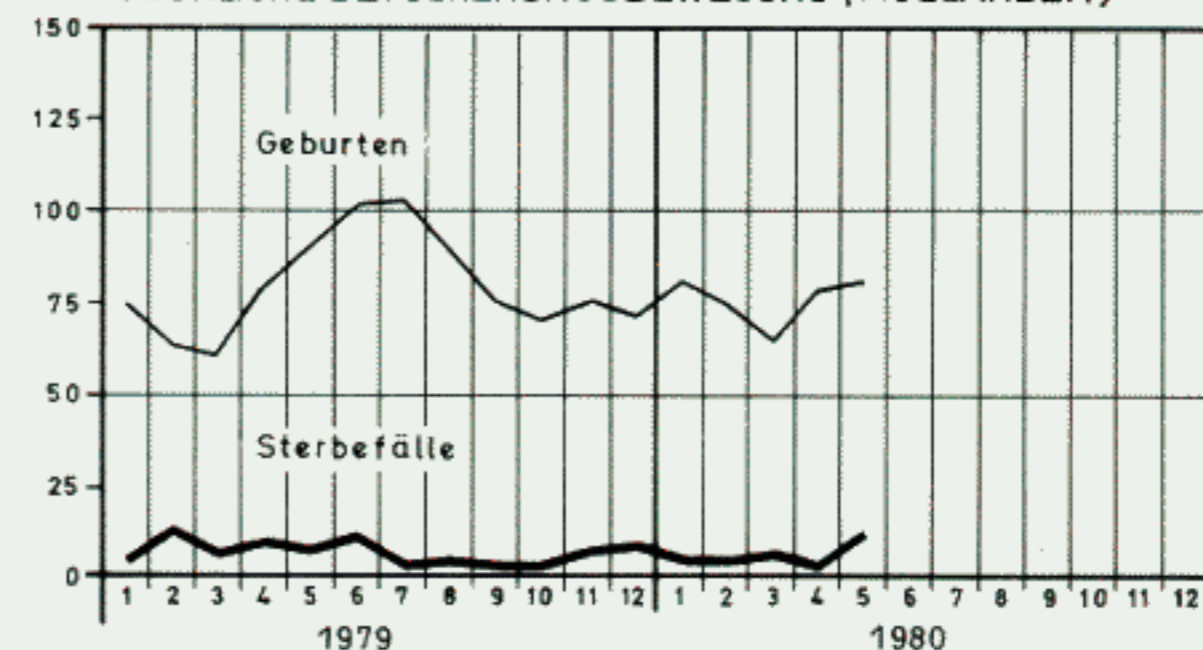
ZEICHENERKLÄRUNG:

- 123 (Kursivschrift) vorläufige Angaben
- ... Angabe fällt später an
- Zahlenwert genau Null
- . unbekannt oder Veröffentlichung nicht möglich
- r berichtigte Angabe
- s Schätzwert

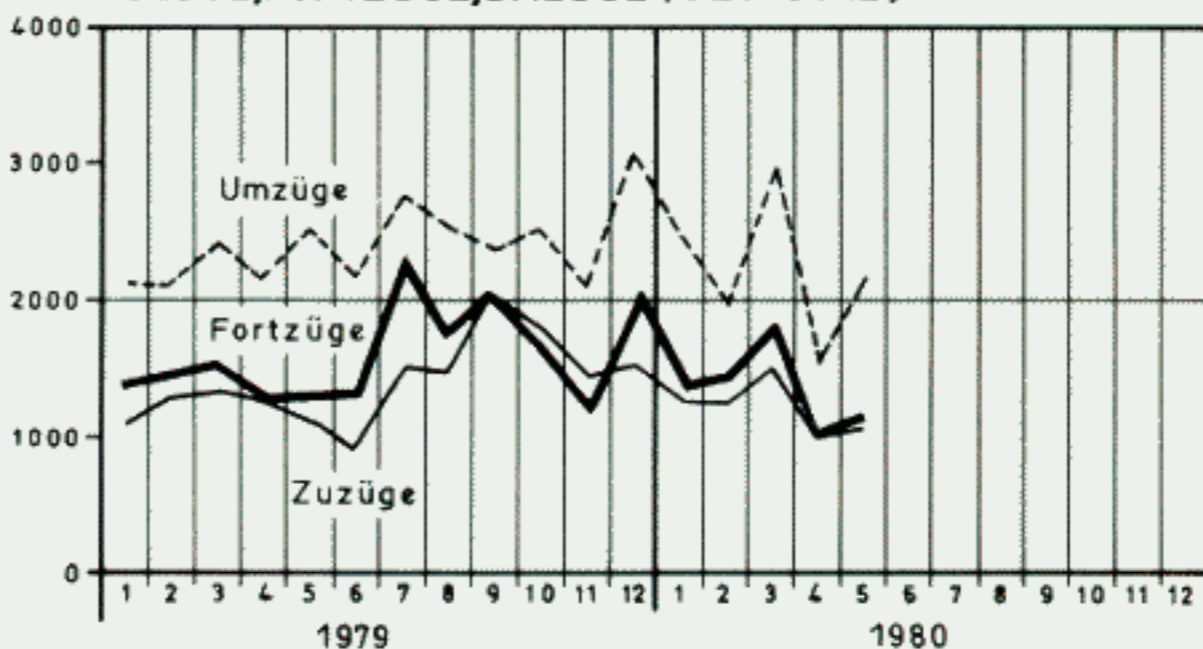
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG (DEUTSCHE)



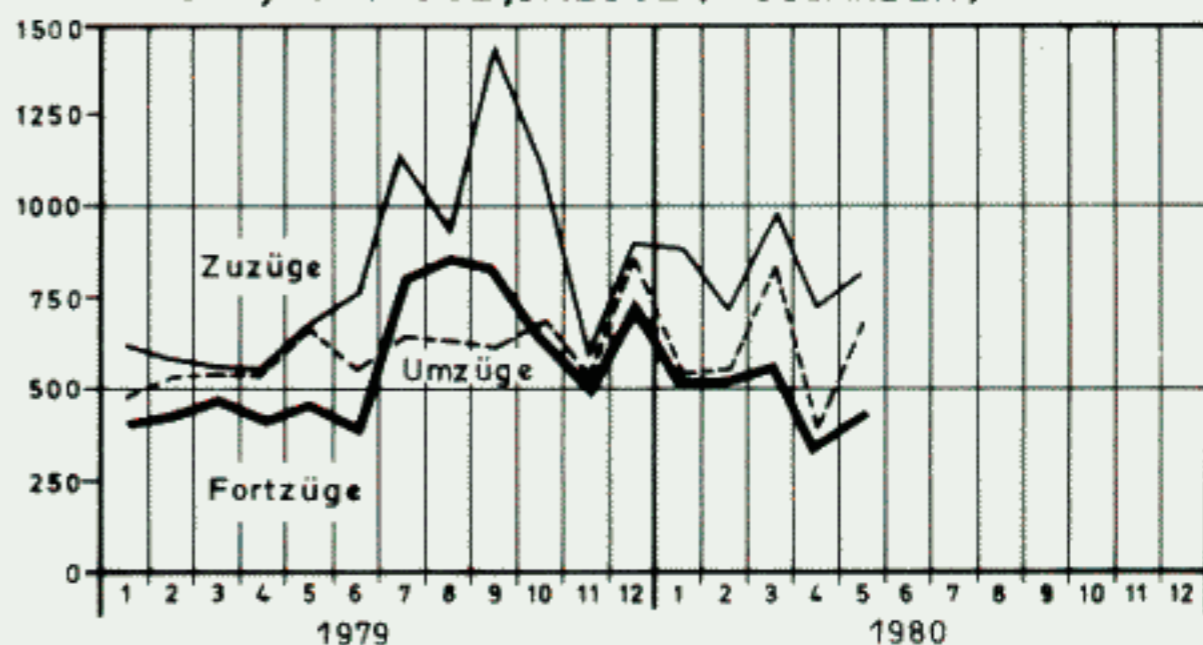
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG (AUSLÄNDER)



ZUZÜGE, FORTZÜGE, UMZÜGE (DEUTSCHE)



ZUZÜGE, FORTZÜGE, UMZÜGE (AUSLÄNDER)



Keine Stadt wird eine Volkszählung ohne Gesetz, allein auf freiwilliger Basis, durchführen können. Daß einzelne Bundesländer die notwendigen Voraussetzungen schaffen, ist kaum zu erwarten. Für die Städte stellt sich deshalb die Frage, wie sie aus eigener Kraft den dringendsten Informationsbedarf in den Bereichen Wohnen (einschließlich Energieverbrauch) und Arbeiten bis zum Vorliegen von Zensus-ergebnissen 1984/85 befriedigen können. Die Zeiten, in denen Bundes- und Landesstatistik für sich in Anspruch nehmen konnten, auch wesentliche Teile des kommunalen Informationsbedarfs mit abzudecken, gehen offensichtlich ihrem Ende entgegen. Die Konsequenzen für die kommunale Statistik liegen auf der Hand. Sie müssen - um wachsende Planungsunsicherheiten zu vermeiden - rasch gezogen werden.

● ALTENHEIME IN NÜRNBERG

Diese Statistik auf landesrechtlicher Basis erfaßt die Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime nach der Art des Trägers, die vorhandenen Wohneinheiten bzw. die Pflegeplätze und die Belegung.

Am 1. Juli 1979 waren in Nürnberg 36 solcher Einrichtungen vorhanden, also 3 mehr als 1974. Die meisten, nämlich 28 wurden von freigemeinnützigen Trägern unterhalten, 7 weitere von der Stadt Nürnberg.

Das Platzangebot insgesamt stieg von 4 929 um 508 Plätze oder 10,3 % auf 5 437 an. Hauptsächlich wurde, den Bedürfnissen folgend, die Kapazität der Pflegeheime ausgeweitet: In den letzten 5 Jahren wurden dort 328 neue Plätze eingerichtet und damit die Aufnahmefähigkeit um fast ein Drittel erhöht.

Vom Gesamtplatzangebot stellte 1979 die Stadt 1 852 Plätze oder rund 34 %. Der geringfügige Rückgang seit 1974 ist auf die Modernisierung und nunmehr nicht mehr so dichte Belegung älterer Einrichtungen zurückzuführen. Von den 1 359 Pflegeheimplätzen werden allein 870 oder 64 % von der Stadt unterhalten.

EINRICHTUNGEN ZUR ALTENVERSORGUNG IN NÜRNBERG 1974 UND 1979

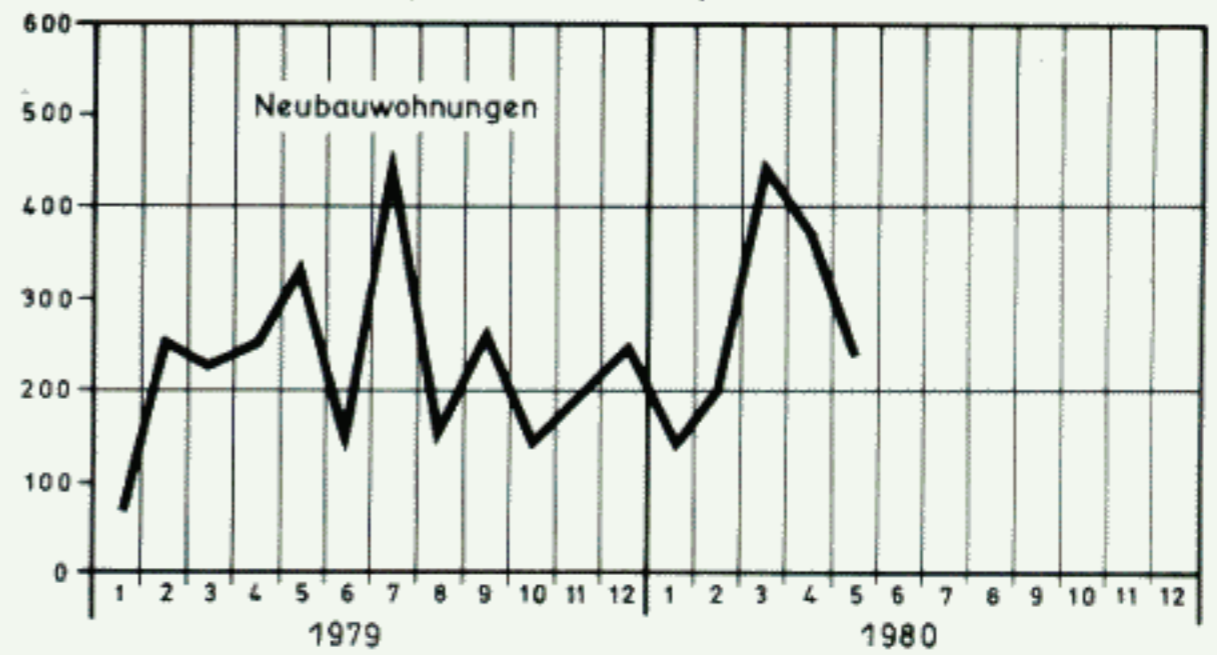
	1. 7. 1979		1. 4. 1974		Veränderung 74/79 in %
	Zahl	%	Zahl	%	
	1	2	3	4	5
Einrichtungen insges.	36	100	33	100	+ 9,1
davon Komm. Träger	7	19,4	6	18,2	+ 16,7
freigemeinn. Träger	28	77,8	26	78,8	+ 7,7
sonstige Träger	1	2,8	1	3,0	-
Plätze insgesamt	5 437	100	4 929	100	+ 10,3
davon in Altenpflegeheimen	1 359	25,0	1 031	20,9	+ 31,8
Altenheimen	2 453	45,1	2 491	50,5	- 1,5
Altenwohnheimen	1 625	29,9	1 407	28,5	+ 15,5
dar. in Städt. Heimen	1 852	34,1	1 874	38,0	- 1,2
dar. Pflegeplätze	870	16,0	778	15,8	+ 11,8
Betreute Personen insges.	4 912	100	4 597	100	+ 6,9
davon in Altenpflegeheimen	1 323	26,9	1 001	21,8	+ 32,2
Altenheimen	2 119	43,1	2 309	50,2	- 8,2
Altenwohnheimen	1 470	29,9	1 287	28,0	+ 14,2
dar. in Städt. Heimen	1 586	32,3	1 741	37,9	- 8,9

PREISINDEX DER LEBENSHALTUNG IM BUNDESGBEIT

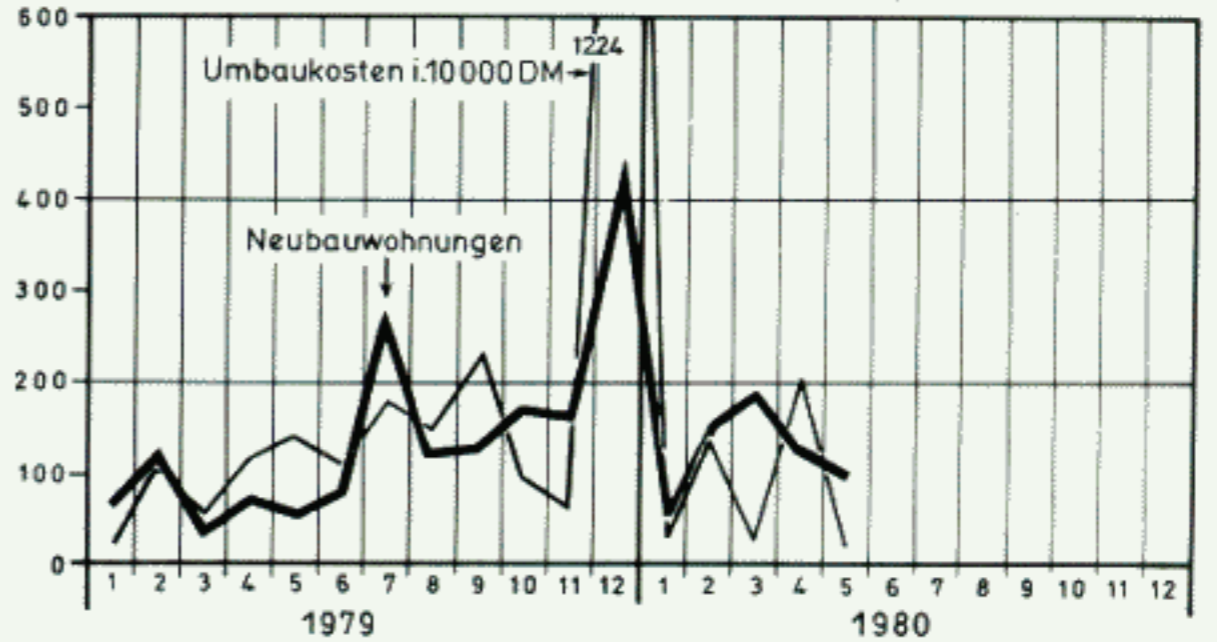
Vom Statistischen Bundesamt wurden folgende Preisindizes der Lebenshaltung bekanntgegeben (1976 = 100):

Preisindex für die Gesamtlebenshaltung	Mai 1979	April 1980	Mai 1980	Veränderg. in % gegen	
				Mai 1979	April 1980
aller privaten Haushalte	110,2	116,3	116,8	+ 6,0	+ 0,4
von Angestellten u. Beamten mit höherem Einkommen	110,4	116,7	117,2	+ 6,2	+ 0,4
von Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen	109,6	115,4	115,9	+ 5,7	+ 0,4
von Renten- u. Sozialhilfeempfängern	109,2	114,3	114,9	+ 5,2	+ 0,5

WOHNUNGSBAU (BAUANTRÄGE)



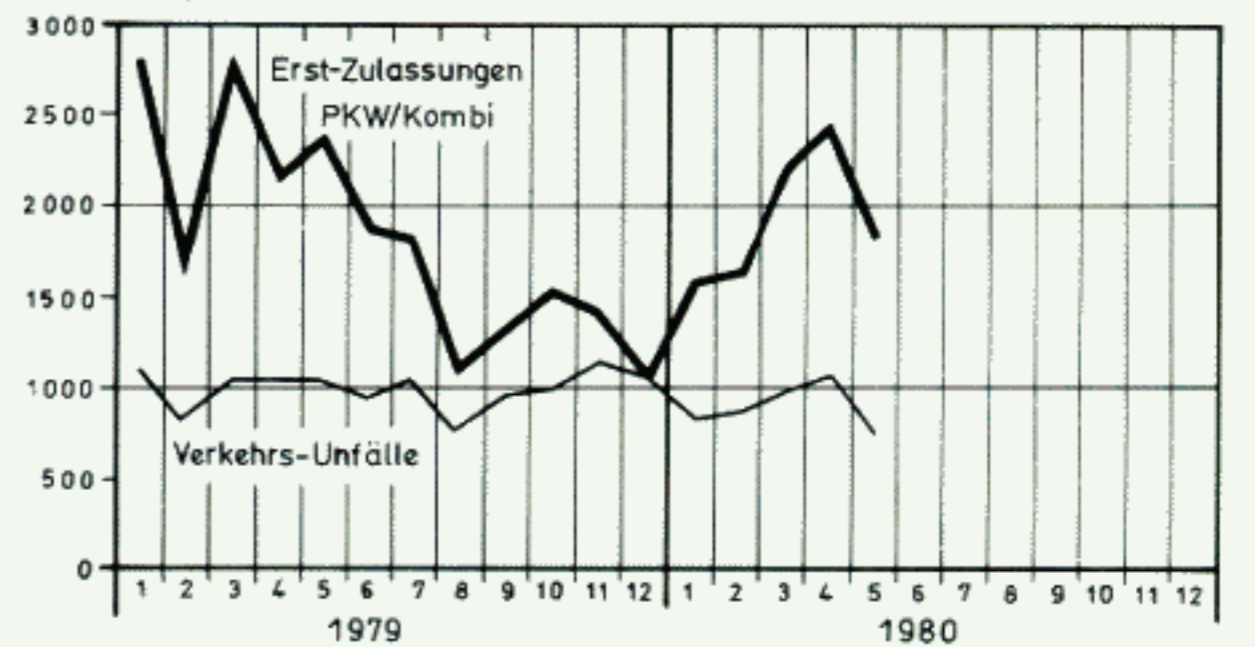
WOHNUNGSBAU (BAUFERTIGSTELLUNGEN)



ARBEITSMARKT



KFZ-VERKEHR



FREMDENERKEHR

